Proletarier! Antifaschisten!

Führt zähen Kampf um die Jugend eurer Klasse

Arbeitsdienstpflicht als neue Quelle von Erwerbslosigkeit und Lohndrückerei und Instrument der Entfremdung unserer Jugend

K. F. In Deutschland wird seitens der Bourgeoisie alles unternommen, um irgendeinen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise zu schaffen. Alle Register werden gezogen. Die Trustbourgeoisie fühlt nicht zuletzt die jetzigen Einpeitscher des faschistischen Kurses, daß sie nicht ewig leben können vom Geschwafel über das Dritte Reich. Das Volk will nicht Terror und Unterdrückung. Es ist nicht satt von Verfolgungen und Kerkerstrafen. Das werktätige Volk will Arbeit und Brot. Die werktätige Frau will ein Kleidungsstück für das Kind und Milch für den Säugling. Die werktätige Arbeiterschaft, der werktätige Mittelstand will in erster Linie leben. So steht die Frage in Deutschland. Hitler und seine Geldgeber können keine wirtschaftliche Besserstellung in Deutschland schaffen. Von Tag zu Tag, und jetzt kann man sagen von Stunde zu Stunde, gibt es eine neue Verschärfung. Nicht nur die Arbeiterschaft, sondern auch der kleine Mittelstand, der Intellektuelle, der Akademiker schreien in die Welt hinaus: so geht es nicht weiter.

Die Bourgeoisie hat es bisher noch immer verstanden, solche Stimmungen zu unterdrücken. Rücksichtslos wird jede revolutionäre Bewegung unterdrückt, werden Maßnahmen getroffen, die revolutionäre Arbeiterbewegung, die einzige Kraft, die den Ausweg aus dem gegenwärtigen Zustand schaffen kann, zu zerschlagen. Die Bourgeoisie weiß aber auch, daß ihr das nicht gelingen wird, deshalb kommt neben der Peitsche auch das Zuckerbrot zur Geltung. Eine gefährliche und gleichzeitig raffinierte Methode wird angewandt mit dem Schwindel vom Arbeitsdienst.

Schon die wenigen Experimente, die gemacht wurden, beweisen, daß der Arbeitsdienst keinen Ausweg aus der Krise bringt.

Die werktätige Bevölkerung muß erkennen, daß die Arbeitsdienstpflicht nicht nur kein Ausweg, sondern eine neue Verschärfung und gleichzeitig ein Instrument der Entfremdung eines Teils der proletarischen Klasse ist.

Die Träger der Arbeitsdienstpflicht

Es bedarf an dieser Stelle keiner Beweisführung darüber, daß alle Teile der Bourgeoisie für die Arbeitsdienstpflicht und damit auch für den Ausbau der jetzt „freiwilligen" Arbeitsdienstpflicht zur zwangsweisen Arbeitsdienstpflicht sind. Es konnte sich höchstens darum handeln, die verschiedenartige Beweisführung der einzelnen Gruppen der Bourgeoisie aufzuzeigen. Während der liberale Teil die Begründung für diese „Dienstpflicht" mehr in der Hervorhebung sogenannter ethischer Gesichtspunkte sucht: wie Bewahrung der erwerbslosen Jugend vor Verwahrlosung, Demoralisation, Weckung des Kameradschaftsgeistes usw., wird vom „rechten" Flügel der Bourgeoisie und unter Führung der Nationalsozialisten in Gemeinschaft mit anderen Wehrverbänden ganz offen die Frage der militärischen Ertüchtigung in den Vordergrund gestellt und als Zweck einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht bezeichnet. Während die „Liberalen" noch über die Möglichkeit der Schaffung von Arbeitsgelegenheit und Durchführung „allgemein nützlicher Arbeit" mittels der Arbeitsdienstpflicht reden, verbreiten die Nazis und ihr Anhang diese „Illusion", als könne vermittels der Arbeitsdienstpflicht dem Jungerwerbslosen produktive Arbeit verschafft werden.

Die Sozialdemokratie für Arbeitsdienstpflicht

Von Wichtigkeit ist, festzustellen, daß wiederum die Gewerkschaftsbürokraten ein außerordentlich gefährliches Spiel mit der Arbeiterschaft und in erster Linie mit der Arbeiterjugend treiben. Auf der ganzen Linie sind sie prinzipiell einverstanden. Der Reichsbannerführer Höltermann sagt z. B.:

„Es ist unsere Pflicht, die Jugend von der Geißel der Erwerbslosigkeit zu befreien. Die Jugend hat ein Recht auf Arbeit. Neuerdings geht man an den Ausbau des freiwilligen Arbeitsdienstes heran. Wenn auch so viele Bedenken gegen den freiwilligen Arbeitsdienst bestehen, so müssen wir uns doch entscheiden, ob wir mitmachen oder fernbleiben wollen. Das Wort „Arbeit" übt eine ungeheure Anziehungskraft auf die Jugend aus. Wenn man spürt, man muß eine Sache machen, dann macht man sie."

In der Reichsbannerzeitung vom 14. Mai wird gesagt:

„Der freiwillige Arbeitsdienst kann uns für eine Zeitlang wieder Arbeit und Brot geben. Er kann die schlimmsten Schäden, die der Jugendliche an seiner Seele genommen hat, wieder ausheilen lassen. Im Arbeitsdienst, der mit Bildungsarbeit verbunden ist, kann politische Selbstbesinnung und Neubesinnung erlangt werden."

Dieselbe Auffassung vertritt der SPD-Vorstand, vertritt die SAJ usw. Man wird selbstverständlich versuchen, der Arbeiterschaft und in erster Linie der Jungarbeiterschaft die Suppe schmackhaft zu machen. Deshalb unternimmt es die Chemnitzer „Volksstimme" in der Ausgabe vom 13. August, sich in ihrer Unterstützung der Arbeitsdienstpflicht auf den Genossen Thälmann zu berufen. Wir werden noch unsere Stellung zum Ausdruck bringen, um zu beweisen den Unterschied zwischen der Thälmannschen und der Höltermannschen Auffassung. Die Gewerkschaftsbürokratie fühlt sich in ihrer eigenen Haut nicht wohl. Die „Sächsische Gewerkschaftszeitung" z. B., die kein Wort zu sagen weiß über den Textilarbeiterkampf, über den Lohnraub an den Staats- und Gemeindearbeitern, zum drohenden Lohnraub der Bergarbeiter, beschäftigt sich in seiner Nr. 35 mit dem Problem der Arbeitsdienstpflicht und hat den Dreh gefunden. An Stelle der „Arbeitsdienstpflicht" wird das Wort „Arbeitshilfe" gesetzt. Sonst aber finden wir sämtliche Formulierungen, die Arbeitsschule, Arbeitsgestaltung usw. Unter dem Abschnitt Arbeitsgebiete wird aufgeführt, was nun alles durch die Arbeitsdienstpflicht erledigt werden kann. Wir finden dort folgendes:

„Dorfstraßen. Die Straßen und Wege auf dem Lande sind in Jahrzehnten ausgefahren, liegen häufig zu tief und verwandeln sich bei Regenwetter in einen einzigen Teich voll Schlamm und Jauche. Die Abzugsgräben sind mangelhaft oder verstopft.

Die Ufer des Dorfbaches sind vielfach ungeschützt, unordentlich und sumpfig. Durchlässe, Brücken und Stege sind meist nur unzulängliche und gefährliche Notbehelfe. Sie zu beheben, ergäbe ein weites Betätigungsfeld für erwerbslose Jugendliche. Von den Dorfbesitzern muß verlangt werden, daß sie zu ihrem eigenen Nutzen gemäß den gesetzlichen Vorschriften die Unterkunft, das Werkzeug und die Geräte für diese Arbeiten stellen.

Reparaturen an Brücken und Stegen sind durch Bausachverständige, unterstützt von Hilfskräften, die im Dorfe selbst vorhanden sein mögen, auszuführen.

Feldwege, Waldwege. In unzähligen Fällen werden schon jahrhundertelang an ein und derselben Stelle des Feldweges die Äcker geschunden und Fuhrwerke zugrunde gerichtet, obwohl es, um dies zu verhindern, oftmals nur eines kleinen Durchstichs bedürfte. Zu Tausenden bestehen die von der gesamten Gemeinde benutzten Feldwege nur aus ausgewaschenen, holprigen Fahrrinnen, auf denen ständig Geräte und Zugkraft verschwendet werden."

Das ist dieselbe Aufgabenstellung, die die Bourgeoisie vornimmt, nämlich den noch im Produktionsprozeß stehenden Arbeitern, bzw. den Arbeitern in den Staatsbetrieben wird ein groß Teil der Arbeit genommen.

Die Arbeitsdienstpflicht verschärft die Krise

In einer Erklärung des Präsidenten des Arbeitsamtes Dresden über die Arbeitsdienstpflicht im Bornaer Revier wird gesagt, daß Aufforsten von Kippen, Flußregulierungen Möglichkeiten für den freiwilligen Arbeitsdienst sind. Also Arbeiten, die bisher von regulären Arbeitskräften erledigt wurden.

Ein Fachmann auf dem Gebiet der Arbeitsdienstpflicht:

Der Bezirkskommissar Engler für den FAD Hessen schreibt in den Mitteilungen der Frankfurter Handelskammer, daß durch den FAD Tiefbauunternehmungen still gelegt, die geübten Flußbau- und Waldarbeiter entlassen wurden, an ihre Stelle traten Jugendliche, die an diese Arbeit nicht gewöhnt seien.

„Die tatsächliche Arbeitsstunde," führt Engler weiter aus, „ist mit 32 bis 35 Pf. zu veranschlagen, während in ländlichen Gebieten der Tiefbauarbeiterlohn 42 bis 52 Pf., für ungeübte 10 Prozent weniger betrage. Bei diesen Löhnen könnten die Gemeinden die Arbeiten ebenso billig als Notstandsarbeiten ausführen lassen, wobei sie verheiratete Arbeiter berücksichtigen könnten."

Arbeitsdienstpflicht gegen den Mittelstand

Nicht nur, daß es bei der Ausführung der Arbeitsdienstpflichtpläne um Vergeudung von Millionenbeträgen handelt, die durch reguläre Arbeitsleistung viel besser und rentabler durchgeführt werden könnten, sondern das ganze Arbeitsdienstpflichtproblem trifft mit in erster Linie den erwerbstätigen Mittelstand. Die erwerbslosen jungen Proleten, die heute noch einige Mark Unterstützung bekommen und diese dem Etat der Familie zuführen, werden für die Zukunft kaserniert, viele Millionenbeträge werden dem individuellen Konsum entzogen und fließen in den Säckel der Großunternehmer. Die paar Pfennige Taschengeld, die den jungen Arbeitern zur Verfügung gestellt werden, müssen selbstverständlich ebenfalls im Lager verkonsumiert werden, so daß auch hier prompt die Gelder, die der Staat für die Arbeitsdienstpflicht ausgibt, in erster Linie dem Großunternehmertum zufließen.

Die Mittelständler, die am 31. Juli den Nationalsozialisten ihre Stimme gaben, bekommen jetzt bereits eine erste, aber ernste Quittung.

Arbeitsdienstpflichtlager — SA-Kaserne

Die Nationalsozialisten stellen die Arbeitsdienstpflicht in erster Linie nicht als wirtschaftliches Problem, als Arbeitsmöglichkeit für die Werktätigen in Deutschland, sondern als Möglichkeit der Unterbringung der meuternden SA-Leute und der Militarisierung der deutschen Jugend. Wie alle bürgerlichen Zeitungen konstatieren, war bei den Regierungsverhandlungen eine der wichtigsten Fragen die Unterbringung der SA und der SS auf Staatskosten. Das „12-Uhr-Blatt" sagt z. B. am 13. August über die Verhandlungen wegen der Regierungsbildung, daß man den Nationalsozialisten das Arbeitsministerium geben wollte.

„Man will ihnen (Nazis) die Durchführung der Arbeitsdienstpflicht zubilligen, die für die Unterbringung der SA-Leute von außerordentlicher Bedeutung ist."

Arbeitsdienstpflicht als Instrument der Klassenentfremdung

Die wichtigste Aufgabe der Arbeitsdienstpflicht ist nicht, wie bereits gesagt, eine Verbesserung der Wirtschaftslage herbeizuführen, sondern den Versuch zu unternehmen, die erwerbslose Jugend der proletarischen Klasse zu entfremden und einzuordnen in den nationalsozialistischen Rummel. Der „Freiheitskampf", das Organ der NSDAP Sachsen, beschäftigt sich in der Nummer vom 17. August ausführlich mit der Arbeit unter dem Jungproletariat. Er lamentiert darüber, daß es noch nicht gelungen ist, die Jungarbeiterschaft vollkommen in die Front der Nazis einzugliedern, und kommt zu der Schlußfolgerung, daß die Nationalsozialisten, vor allen Dingen die Betriebsorganisationen, alles tun müßten, um dem Marxismus den jungen Nachwuchs zu entreißen.

Der „Freiheitskampf" schreibt:

„Es ist also dem Marxismus, vor allem der KPD, noch einmal gelungen, mit seinen verlogenen Parolen einen großen Teil der Arbeiterjugend und der Jungwählerschaft zu gewinnen. Diese Jugend, entrechtet und enterbt, unter der Not der Zeit am meisten leidend, ist nur zu leicht geneigt gewesen, den willentlich falschen Behauptungen über die von uns geplante Arbeitsdienstpflicht, über unsere Abhängigkeit vom sozialreaktionären Kabinett Papen und über die in Wirklichkeit von der SPD eingeleitete Notverordnungspolitik Glauben zu schenken.

Nicht wir Nationalsozialisten sind es, die der Jugend die „Zwangsarbeit unter Nazifeldwebeln" bringen wollen, wie der Wahlaufruf des ADGB sagt."

Die altbekannte Frechheit. Hundertmal haben die Nazis genau das Gegenteil behauptet. Der Spezialist für die Arbeitsdienstpflicht, Oberst Hierl, erklärte in einem programmatischen Vortrag:

„Die arbeitsrechtlichen Bestimmungen über Tarif, Arbeitszeit usw. finden bei dem Arbeitsdienst natürlich keine Verwendung. Der Arbeitsdienstpflichtige erhält keinen Lohn, sondern Unterkunft, volle Verpflegung, Kleidung und ein tägliches Taschengeld von 30 bis 50 Pf."

Der „Völkische Beobachter" bringt einen Artikel eines Dr. Herbert Albrecht, in dem folgendes gesagt wird:

„Die heutige Wirtschaftsnot ist nicht zuletzt durch die Tatsache bestimmt, daß das vorhandene Geld bzw. Kredit zur Arbeitsbeschaffung nicht ausreicht. Wir fordern im Rahmen eines Arbeitsdienstpflichtgesetzes die Zurverfügungstellung des nötigen Geldes durch den Staat. Soweit dieses früher durch ersparte Arbeitslosenunterstützungsgelder, Wohlfahrtsgelder, durch Mehreingänge der Sozialversicherung und an Steuern sowie teilweisem Eigenkapital der Wirtschaft nicht ganz aufgebracht werden kann, ist sie in Form staatlicher produktiver Kredit- bzw. Geldschöpfung durchzuführen."

Beide Auffassungen werden an einem Tag in der Nazi-Presse, einmal im Reichsorgan, einmal im sächsischen Organ abgedruckt. Nach der Methode, Frechheit siegt, wird feste drauflos geschwindelt.

Feder, der Programmatiker der NSDAP, sagt im „Völkischen Beobachter" vom 2. April über die Aufgaben der Arbeitsdienstpflicht:

„Zunächst wird es weniger das Moment praktischer Arbeitsleistung, sondern vielmehr der sittliche und erzieherische Wert dieser Maßnahme sein, die sich sehr bald segensreich auswirken wird."

In einem polemischen Artikel in der „Berliner Börsenzeitung" am 15. August 1932 über den Arbeitsdienst, der für die Dienstpflicht kämpft, sagt z. B. Generalmajor Faupel:

„Zur großen staatsmännischen Tat wird der Arbeitsdienst aber erst dann werden, wenn er zur Pflicht für einen ganzen Jahrgang gemacht wird und damit durch ihn auch diejenigen Kreise zumal der kommunistisch verseuchten Jugend erfaßt werden, die sich zu einem freiwilligen Arbeitsdienst nicht stellen.

Damit soll nicht etwa gesagt sein, daß sich, ohne Rücksicht auf Parteibefehle, als Arbeitsfreiwillige nicht junge Leute aller politischen Färbungen, also auch Kommunisten, meldeten. Ein tüchtiger, in überparteilich vaterländischem Sinne handelnder Lagerleiter versteht es, wie uns die Praxis in vielen Fällen beweist, in seinem Arbeitslager einen Geist herrschen zu lassen, in dem vom Nationalsozialisten bis zum Kommunisten alle in straffer Disziplin einheitlich zusammenwirken."

Die Bourgeoisie versucht also nicht nur durch Terrormaßnahmen uns zu vernichten, versucht nicht nur die Organisationen des revolutionären Proletariats, darunter in erster Linie den KJVD zu zerschlagen, sie will gleichzeitig eindringen in unsere Reihen und einen Teil der Jungarbeiterschaft gewinnen.

Rebellion im Arbeitsdienstpflichtlager

Der Fachmann für Arbeitsdienstpflichtwesen erklärt, daß es unter geschickter Leitung nationalsozialistischer Männer gelingen muß, in den Arbeitsdienstpflichtlagern eine feste Front vom nationalsozialistischen Jungen bis zum Jungkommunist zu schaffen. Die bisherigen Erfahrungen sagen genau das Gegenteil. Wir registrierten bereits 17 Rebellionen in sogenannten Arbeitsdienstpflichtlagern.

In Bernau wurde durch Streik die Eisenration und die Zulage erhöht. In anderen Lagern haben die jungen Arbeiter fluchtartig das Lager verlassen. Von einem Jungarbeiter aus dem Arbeitsdienstlager Lehmergrund, Johanngeorgenstadt, erhielten wir einen Brief, in dem nachstehendes zu lesen ist:

„Ich war drei Wochen im Arbeitsdienstlager Lehmergrund, Johanngeorgenstadt, und habe feststellen müssen, daß dort Zustände herrschen, die, gelinde gesagt, menschenunwürdig sind.

Auf der Baustelle steht die Antreiberei in vollster Blüte. Die geringste Auflehnung dagegen wird streng bestraft. Die militärischen Ausdrücke, wie Rindvieh, Ochse, Arschloch usw. sind an der Tagesordnung. Mittags, nach dem Essen, wird der 1. Vorgesetzte mit „Augen rechts!" bewundert, der mit Händen in den Hosentaschen vor der Front steht. — Jeder Arbeiter bekommt pro Tag die fürstliche Entlohnung von 50 Pf. Der Lohn wird auf Stottern ausgezahlt.

Ich habe aber für 17 Arbeitstage nur 6,50 Mark bekommen, und das auch nur auf wiederholt energisches Verlangen. Ich habe also pro Tag zirka 38 Pfennig bekommen.

Ernst Thümmler, Eibenstock i. Erzgeb.

Wir sehen also, daß alles andere in Erscheinung tritt, als das, was die Nationalsozialisten sich wünschten.

Unsere Massenarbeit unter dem Jungproletariat

Die ersten Anlässe der Rebellion in den freiwilligen Arbeitsdienstpflichtlagern müssen ausgenutzt werden, um die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß wir die Ausbeutungsversuche der Bourgeoisie unmöglich machen. Wir haben bereits gesagt, daß die Chemnitzer „Volksstimme" sich auf den Genossen Thälmann beruft. **Wir zitieren unsererseits ebenfalls, was der Genosse Thälmann auf der Reichskonferenz der RGO am 5. Juni gesagt hat:**

„Völlig ungenügend und teilweise in sektiererischer Abgeschlossenheit wurde der Kampf gegen die freiwillige Arbeitsdienstpflicht geführt. **Dort, wo wir diese Militarisierungs- und Zwangsmaßnahmen der Bourgeoisie nicht verhindern können, müssen wir genau so wie in der Durchführung unserer revolutionären Parlamentspolitik und unserer Arbeit in den Kriegsbetrieben, revolutionäre Kräfte in die Arbeitsdienstpflicht stellen, um die Massen der militarisierten und zum Antisowjetkrieg gedrillten Jugend und anderer Arbeiter für den revolutionären Klassenkampf und für ihre Forderungen auch dort zu gewinnen und zu aktivisieren."**

Alles andere, als was sich die Herrschaften im Lager der sozialdemokratischen Führer sich wünschen, liegt in diesen Worten des Genossen Thälmann.

Genosse Thälmann verpflichtet das deutsche Proletariat und verpflichtet in erster Linie das deutsche Jungproletariat, dort Arbeit zu leisten, wo die Proletariermassen zusammenkommen.

Durch unsere revolutionäre Massenarbeit soll zunichte gemacht werden der Versuch der Bourgeoisie uns unseren Nachwuchs zu entreißen. Die jungen Arbeiter, die durch irgendwelche Versprechungen in die freiwilligen Arbeitsdienstpflichtlager gelockt wurden, brauchen unsere revolutionäre Unterstützung. **Das gesamte Proletariat, in erster Linie alle unseren Parteieinheiten müssen sich kümmern um diese Jungarbeiter, müssen sie zurückgewinnen und sie einreihen in die rote Klassenfront.**

Die nächsten Tage und Wochen stehen im Zeichen der Vorbereitungen des Internationalen Jugendtages. Betriebsarbeiter und Erwerbslose müssen in geschlossener Front ankämpfen gegen die Arbeitsdienstpflicht, müssen alles tun, um den Widerstand der revolutionären Jungarbeiterschaft zu mobilisieren.

Die Tage bis zum Internationalen Jugendtag müssen weitgehendst ausgenutzt werden, um Aufklärung zu schaffen über das Wesen der Arbeitsdienstpflicht und um zu erreichen, daß die vielen Millionen Arbeiter und Jungarbeiter, die erwerbslos sind, die nach Arbeit und Brot schreien, sich einreihen in die Kampffront des gesamten Proletariats, sich einreihen in die Antifaschistische Aktion und unter Führung der Kommunistischen Partei und des Kommunistischen Jugendverbandes einen wirklichen Ausweg aus dieser Wirtschaftskrise schaffen.

Die Antifaschistische Aktion schlägt Faschismus in den Betrieben!

SLUB
Wir führen Wissen.